



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	04.03.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### Neuorganisation SGB II

Die neue Bundesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag im Oktober 2009 zur notwendigen Neuorganisation des SGB II auf eine zukünftig getrennte Aufgabenwahrnehmung festgelegt, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 das Ende der bisherigen Arbeitsgemeinschaften zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den Kommunen zum 31.12.2010 bedeuten würde.

Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 14.01.2010 hatte die Verwaltung bereits über das zur Vorbereitung der Aufgabentrennung vorgelegte Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 11.12.09 berichtet. Ebenso wurde der Ausschuss über die Bewertung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und über die Haltung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages informiert.

Am 26.01.10 hatte das BMAS den Gesetzentwurf zur Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II sowie den Entwurf eines Kooperationsvertrages an die Länder und Kommunalen Spitzenverbände versandt. Am 02.02.10 erfolgte die Konkretisierung des Vertragsentwurfes durch 9 der insgesamt 15 vorgesehenen Nebenabreden.

Die Verwaltung hat dazu am 05.02.10 umgehend gegenüber dem Deutschen Städtetag Stellung genommen. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass der Gesetzentwurf sich nicht wesentlich von dem bundesweit kritisierten Eckpunktepapier unterscheidet. Die umfangreiche Entscheidungshoheit über die Erwerbsfähigkeit und die grundsätzliche Entscheidung über den Leistungsanspruch („ob und in welcher Höhe“) der BA mit Tatbestandswirkung für die Kommunen wird durch den Gesetzentwurf untermauert. Das entworfene Konsulta-

tionsverfahren als Interventionsrecht der Kommunen zeigt in erster Linie die komplizierter aufwachsenden Verwaltungsabläufe zwischen den Trägern, als dass dies eine echte Mitsprache der Kommunen im Verfahren bedeutet. Den Kommunen verbliebe einzig die „Prüfung der Angemessenheit von Unterkunftskosten“ als eigenständige Entscheidung mit Tatbestandsbindung auch für die BA.

Bei den kommunalen Eingliederungsleistungen reduziert sich die kommunale Leistung auf eine Zustimmung und Erbringung der Leistung, wenn die BA vorher einen Bedarf an kommunalen Eingliederungsleistungen festgestellt hat.

Der Kooperationsvertrag und die vorliegenden Nebenabreden beschreiben im Ergebnis eine Beteiligung der Kommunen an Aufgabebereichen der BA z.B. bei der Leistungsauskunft, der Antragsannahme und der Bedarfsfeststellung, die den Kommunen keine Mitsprache oder Einfluss eröffnet.

Zusammenfassend stellte die Verwaltung fest, dass die vorgelegte Kooperationsvereinbarung an vielen Stellen eine Zusammenarbeit der Träger nur suggeriert und de facto zusätzliche Schnittstellen mit einem verbundenen Mehraufwand aufgebaut werden.

Zur Information des Ausschusses sind die vorgenannten Entwürfe und die Stellungnahmen der Verwaltung zum Gesetzentwurf und zum Kooperationsvertrag mit Nebenreden **in der Anlage** beigefügt.

Am 07.02.2010 hat die Bundesarbeitsministerin sich mit den CDU-Ministerpräsidenten und den Spitzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf verständigt, eine Grundgesetzänderung zu verfassungsrechtlichen Absicherung der Mischverwaltung auf den Weg zu bringen. Damit steigt die Hoffnung auf die Erhaltung der heutigen ARGEN wieder an.

Das Ergebnis der kurzfristig notwendigen Verhandlungen auf Bundesebene lässt sich weiter nicht vorhersehen. Der Vorstand der BA hat bereits öffentlich gemacht, dass sich die BA weiterhin auf die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorbereitet für den Fall, dass keine Einigung über eine Verfassungsänderung und notwendige untergesetzliche Regelungen erzielt wird.

Die Verwaltung wird den Ausschuss über die weitere Entwicklung unterrichten.

gez. Dr. Walter-Borjans